Beschäftigteninitiative verurteilt gewaltsame Räumung friedlicher Studierendenproteste

Pressemitteilung von 'Zivile Uni Kassel', 5.11.2026

Gestern stimmte der Senat der Uni Kassel für die Abschaffung der Zivilklausel. Die Studierenden hatten seit Monaten Kritik am intransparenten und wenig repräsentativen Verfahren geäußert. In einer studentischen Urabstimmung mit hoher Wahlbeteiligung stimmten 82% für den Erhalt der Zivilklausel. Ihr Votum wurde nicht gehört. Wir widersprechen der Darstellung der Hochschulleitung, dass es sich bei der Neufassung um einen Kompromiss handelt. Die Zivilklausel der Universität existiert nicht mehr. Künftig sind militärische Forschung und Lehre hier möglich.

Als Protest besetzten darauf etwa Hundert Studierende einen Hörsaal im Campus Center. Erst nach Stunden wurde den Studierenden Wasser und Essen zugänglich gemacht, weitere Stunden später durften sie schließlich die Toiletten benutzen. Die Besetzung und die angemeldete Versammlung vor dem Hörsaalgebäude wurden schließlich in der Nacht zum 05.11.2026 gewaltsam von der Polizei auf Anordnung der Universitätsleitung geräumt. Nachdrücklich kritisieren wir dies als Ausdruck der Zunahme an Versicherheitlichung und autoritären Praktiken in der Hochschule.

Anil Shah von der Initiative Zivile Uni Kassel: „Wir verurteilen das Vorgehen der Hochschulleitung und die daraus folgende Eskalation aufs Schärfste. Hörsaalbesetzungen zählen zum zivilen Ungehorsam und sind seit Jahrzehnten Teil studentischer Protestkultur." Statt den Studierenden Raum zu geben für selbst organisierte Informationsveranstaltungen, Vorträge und Diskussionen, entschied sich das Präsidium für einen Polizeieinsatz und die Eskalation der Lage. Vermittlungsversuche von Lehrenden wurden größtenteils abgelehnt.

Stefan Stache, Senator an der Universität, gestern selbst vor Ort und als Schlichter im Campus Center, beurteilt die Situation so: „Der Einsatz der Polizei war unnötig und schädlich für die demokratische Kultur der Universität. Zuvorderst müssen nun die Anzeigen wegen Hausfriedensbruchs von der Universitätsleitung zurückgezogen werden. Es bedarf dringend einer Sondersitzung des Senats, um die Vorgänge aufzuarbeiten. Darüber hinaus brauchen wir eine Debatte über Demokratie an Hochschulen und eine Reform der Hochschulverfassung."

Kontakt: info@zivile-uni-kassel.de